

«Wir müssen den Umbau selber anpacken»

Corrado Pardini hat als Leiter des Sektors Industrie der Unia den Pakt für Produktion lanciert. Im Interview mit STRADA erklärt er, wie Industriepolitik und ökologischer Umbau verknüpft werden sollen. Seine Vision: Besser arbeiten und besser leben.

Corrado Pardini, der ökologische Umbau ist in aller Munde. Wie aber soll der die Probleme unserer Industrie lösen?

Corrado Pardini: Wenn wir über ökologischen Umbau reden, müssen wir sehr genau sagen, was wir meinen. Windräder, isolierte Häuser und Solarzellen sind gut – aber das löst weder das Problem der Arbeitsplätze noch jenes der Umwelt. Ökologischer Umbau ist viel mehr.

Was denn konkret?

Zuerst meinen wir damit natürlich die systematische Entwicklung und Förderung aller Umwelttechnologien: Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien; Energieeffizienz am Bau, in der Industrie, in der Gerätetechnik und im Verkehr; massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr; neue Leit- und Regelsysteme; neue Prozesstechniken und Umwelt-Engineering; kürzere Transportwege, also neue Produktionsformen; Aufbau einer umfassenden Umweltsanierungsindustrie; oder neue Werkstoffe.

Und das schafft Arbeit?

Sicher! Schauen wir doch mal ins Ausland. Vor zwei Jahren trugen Umwelttechnologien in Deutschland schon acht Prozent zum Bruttoinlandprodukt bei. Und in den nächsten zehn Jahren wird sich das verdoppeln, sagt die „Financial Times“. Das ist enorm. Umwelttechnologien haben längst alte Kernindustrien überholt. Deutsche Konzerne wachsen schnell: Enercon oder Repower beim Wind, Envitec beim Biogas, QCells oder Solarworld in der Sonnenenergie. Der ökologische Umbau schafft Millionen von Arbeitsplätzen. Er hat in Europa längst eine eigentliche Re-Industrialisierung in Gang gesetzt.

In der Schweiz spürt man wenig davon?

Das ist leider so - und es ist wirklich pervers. Denn viele der im Ausland angewandten Techniken wurden von den beiden ETH, von Hochschulen wie der Hochschule in Neuenburg und Schweizer Forschungsabteilungen entwickelt. Doch wirtschaftlich fruchtbar gemacht werden sie in Deutschland, Frankreich, Skandinavien. Statt endlich eine grosse Umweltindustrie zu entwickeln, spielen die Schweizer Unternehmen nur die Zulieferer.

Ist das ein Problem?

Ja. Zulieferer sitzen immer am kürzeren Hebel. Wir erleben das gerade mit der Autoindustrie. Tausende von Arbeitsplätzen wurden schon vernichtet. Jetzt laufen unsere Zulieferer-Konzerne Gefahr, eine Revolution zu verpassen: Im notwendigen ökologischen Umbau der Autoindustrie steckt ein Milliardenpotenzial. Handeln wir nicht schnell, wird die hiesige Industrie beim grossen Boom der Umweltindustrie nicht dabei sein.

Warum funktioniert es in Deutschland, nicht aber in der Schweiz?

Es ist einfach: Frühere rot-grüne Regierungen in Deutschland haben die erneuerbaren Energien und ökologische Techniken massiv gefördert - in der Schweiz stehen Lobbyisten der alten Industrien, die Banken und bürgerliche Parteien immer noch voll auf der Bremse. Europas Regierungen haben längst eine Menge von Anreizen, Gesetzen und Hilfen für den ökologischen Umbau geschaffen - in der Schweiz stemmt sich der Bundesrat im Dienst des Grosskapitals gegen jede Veränderung. Alle machen Industriepolitik - nur die Schweiz nicht, denn hier gilt sie den bürgerlichen Ideologen als Teufelszeug.

Teufelszeug? Was will der Unia-Sektor Industrie dem entgegensetzen?

Eine offensive Industriepolitik; gesetzliche Anreize statt gesetzliche Bremsen; strenge Umweltvorschriften beim CO²-Ausstoss und in anderen Bereichen, denn solche Vorschriften treiben die Innovation an; ausreichenden Kredit für ökologische Unternehmen, zum Beispiel durch einen Ökofonds, der aus staatlich garantierten Geldern der zweiten Säule gespeist werden könnte. Das könnte übrigens Teile der zweiten Säule retten. Wir verlangen eine ökologische und soziale Steuerreform; grosse Infrastrukturprojekte wie die Verdoppelung des öffentlichen Verkehrs, Solarkraftwerke oder die schweizweite Breitbandverkabelung. Wir sollten eine Ausbildungsoffensive starten und ein nationales Kompetenzzentrum für den ökologischen Umbau schaffen - warum nicht im dafür bestens geeigneten Jurabogen?

Hand aufs Herz. Ist es Aufgabe der Gewerkschaften, solche Dinge In Bewegung zu setzen?

Die richtige Frage lautet: Wer nimmt diesen Umbau vor und wie wird er gestaltet? Wir können ihn dem Kapital, insbesondere dem Finanzkapital überlassen. Tun wir das, werden wir eine noch brutalere Wirtschaft bekommen, eine kapitalistische Öko-Diktatur. Die Banken und Hedgefonds haben längst begonnen, den ökologischen Umbau zu verwerten. Wir sollten uns einmischen. Im notwendigen Umbau steckt die Chance, mitzubestimmen. Denn im Kern ist jetzt eine Frage gestellt: Wie wollen wir leben und arbeiten?

Und wie lautet die Antwort darauf?

Wir müssen Ökologie und Arbeit, Umweltsicherheit und soziale Sicherheit, neue Techniken und neue Arbeitsformen und den konkreten gewerkschaftlichen Kampf in den Betrieben in einem Projekt für eine menschlichere Wirtschaft vereinen. Wir wollen bessere Arbeit und bessere Lebensbedingungen erzwingen. Heute ist das möglich. So müssen Kredite aus dem Ökofonds etwa zwingend mit sozialen Innovationen verknüpft werden, zum Beispiel mit betrieblicher und gewerkschaftlicher Mitsprache. Unser Ziel ist nicht nur ein Green New Deal, sondern ein echter New Deal. Unsere Chance besteht darin, den ökologischen Umbau mit einem Entwurf für bessere Arbeit und besseres Leben zu verbinden. Interview. Mit Foto von Corrado Pardini.

Strada Nr. 28, 3.2.2011.